

Press release
Kiel, 04.02.2026

Immelmannstraße: Verkehrspolitik an den Menschen vorbei

Zur geplanten Umgestaltung der Immelmannstraße in Holtenau erklärt Ratsmitglied Marvin Schmidt, Sprecher des Stadtteils Holtenau der SSW-Ratsfraktion Kiel:

„Die geplante Umgestaltung der Immelmannstraße zur Einbahnstraße sorgt in Holtenau für massiven Unmut – und das völlig zu Recht. Seit 2021 arbeitet die Verwaltung an einer verkehrlichen Veränderung, ohne die Bürger*innen vor Ort einzubeziehen und ohne die Selbstverwaltung frühzeitig zu informieren. Besonders skandalös ist, dass die Politik erst sehr spät von den konkreten Planungen erfahren hat. Dabei gibt es weder eine belegte Unfallhäufung noch erkennbare Konflikte zwischen Rad- und Kfz-Verkehr. Dennoch wird seit Jahren mit erheblichem Aufwand an einer Lösung gearbeitet, obwohl es im Stadtteil deutlich gefährlichere Verkehrsschwerpunkte gibt. Das ist nichts anderes als eine Verschwendungen von Zeit, Geld und personellen Ressourcen.“

Statt Probleme zu konstruieren, wo keine bestehen, braucht es eine vernünftige, sachorientierte Verkehrsplanung. Die geplante Einbahnregelung würde den Verkehr in andere Straßen Holtenaus verlagern; unter anderem in die Lilienthalstraße, die stark von Schulkindern genutzt wird. Das verschärft die Situation für Anwohner*innen und Familien und schafft neue Risiken, anstatt bestehende zu lösen. Sinnvoller wäre es, den Radverkehr konsequent zu trennen und die Veloroute entlang der Auffahrt zur Bundesstraße 503 zu führen. Dort ließe sich eine leistungsfähige und sichere Lösung für den Radverkehr schaffen, ohne den gesamten Stadtteil unnötig zu belasten.

Was hier geschieht, ist ideologisch motivierte Verkehrspolitik auf dem Rücken der Holtenauer*innen. Große Bereiche des Stadtteils würden massiv eingeschränkt, während Radfahrenden aus anderen Stadtteilen und dem

Umland faktisch eine Rennstrecke geschaffen wird. Wir fordern, diese Planungen sofort zu stoppen, die Bürger*innen endlich einzubeziehen und den Fokus wieder auf reale Probleme und echte Gefahrenstellen zu legen. Verkehrspolitik muss dem ganzen Stadtteil dienen – nicht grüner Symbolpolitik.“